



**Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss**

Frau Jarczyk

Telefon: (0221) 221-24954

Fax: (0221) 221-25446

E-Mail: anna.jarczyk@stadt-koeln.de

Datum: 23.11.2010

Niederschrift

über die **Sitzung des Jugendhilfeausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 16.11.2010, 14:15 Uhr bis 17:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Dr. Ralf Heinen SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Kirsten Jahn	GRÜNE
Frau Monika Koj	CDU
Frau Sylvia Laufenberg	FDP
Frau Gonca Mucuk-Edis	SPD
Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Frau Gabriele Schlitt	GRÜNE
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE.
Frau Renate Blum-Maurice	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Franz Decker	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Frau Monika Kleine	Sozialdienst katholischer Frauen
Frau Anja Ritzen	SJD Die Falken
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Frau Erika Weber	Sportjugend Köln

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Yvonne Bußmann	FDP
Herr Wolfgang Scheiblich	Sozialdienst katholischer Männer

Vertreter von im Bereich der Stadt Köln wirkenden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe

Herr Ulrich Bergmann	Dt. Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region.
Herr Konrad Gilges	AK für das ausländische Kind e.V.
Frau Karin Grevelhörster	Zentrum für Frühbehandlung und Frühförderung e.V.
Frau Almut Gross	Jugendhilfe Köln e.V.
Herr Christoph Horstkotte-Löffelholz	Kölner Spielewerkstatt e.V.
Frau Monika Knepper	Deutsches Rotes Kreuz
Frau Christiane Lehmann	Handwerkerinnenhaus Köln e.V.
Frau Frauke Mahr	Mädchenhaus Köln e.V.
Herr Uwe Schäfer-Remmele	Theaterpädagogisches Zentrum e.V.
Herr Wolfgang Schmidt	Diakonie Michaelshoven
Frau Sarah van Dawen	Kölner Jugendring e.V.
Frau Regine Walter	Progressiver Eltern- und Erzieherverband e.V.
Frau Carmen Wöhler	Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen e.V.
Frau Helga Wolf	Kölner Jugendring e.V.
Frau Barbara Zaabe	Kinderschutzbund
Herr Dr. Wolfgang Zschke	Jugendhilfe und Schule e.V.

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Uckermann Pro Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Ingrid Hack	SPD-Fraktion
Herr Biber Happe	(FDP) auf Vorschlag der Grünen
Herr Maximilian Klefenz	auf Vorschlag der FDP
Herr Volker Lemken	auf Vorschlag der CDU
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag der Linken
Herr Markus Peters	auf Vorschlag der CDU
Frau Doris Rost	auf Vorschlag von pro Köln
Herr Paul Spörl	(FDP) auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Barbara Combrink-Souhjoud auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft
Behindertenpolitik

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein
Frau Carolin Krause

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Magna Becker	Bezirksregierung Köln als Vertreter der Schulen
Frau Dr. Anne Bunte	Vertreterin der Gesundheitsverwaltung
Frau Anja Daub	Agentur für Arbeit
Herr Georg Spitzley	Kath. Kirche
Herr Werner Völker	Ev. Kirche
Herr Josef Zimmermann	Kath. Kirche

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Herr Heinrich Spieker Seniorenvertretung

Presse

Zuschauer

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Ausschussvorsitzende alle Jugendhilfeausschussmitglieder, die Besucher – darunter 30 Studierende der Fachhochschule Köln (Studiengang: Pädagogik der Kindheit und Familienbildung) mit ihrer Lehrbeauftragten, Frau Schnitzler – und die Presse zur Jugendhilfeausschusssitzung.

Mit dem vorgegebenen Text verpflichtet Herr Dr. Heinen Frau Ingrid Hack, Herrn Maximilian Klefenz und Frau Monika Knepper.

Herr Dr. Heinen bittet, die Tagesordnung wie folgt zu ändern:

- TOP 2.1 (4386/2010 - Ersatzbau für die Kindertagesstätte: Belvedere Straße in Köln-Müngersdorf) wird aufgrund des Themenzusammenhangs als TOP 6.1.2 behandelt.
- TOP 3.14 (4371/2010 - Doppelhaushalt 2010/2011, Kompensation von Kürzungen durch Wenigeraufwendungen bzw. Mehrerträge) wird als TOP 2.1 behandelt, da es sich um eine „Beantwortung von Anfragen“ handelt.
- TOP 5.2.3 (AN/2080/2010 – Standortplanung Therapiezentrum Köln-Müngersdorf) sowie die Beantwortung zu 5.2.3 (4807/2010) werden ebenfalls aufgrund des Themenzusammenhangs als TOP 6.1.3 und zu 6.1.3 behandelt.

Er weist darauf hin, dass der für die heutige Sitzung erbetene Vortrag zum OGTS-Konzept nicht stattfinden könne und auf die nächste Sitzung am 07.12.2010 verschoben werde.

Als Tischvorlage werden die Beratungsergebnisse der vorberatenden Gremien zu TOP 6.1, 6.2, 7.1, 7.2, 8.1, 8.2, 8.3, 10.2 und 10.3 mitgeteilt.

Des Weiteren wurden die Vorlagen zu TOP A, 2.3, 3.18 (ursprünglich 3.19), 3.19 (ursprünglich 3.20), zu 5.2.1, zu 6.1.3 (ursprünglich zu 5.2.3), 8.4, zu 10.2 (Änderungsantrag der CDU-Fraktion) und zu 10.2 (Auszug aus dem AVR vom 15.11.2010) als Tischvorlagen ausgeteilt.

In diesem Zusammenhang macht Herr Dr. Heinen seinen Unmut über die Menge an Tischvorlagen bekannt und gibt an, dass die Grenze des Aufnehmbaren erreicht sei. Er bittet die Verwaltung, hieran etwas zu ändern.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Erweiterung der Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte: A, 2.1, 2.2, 2.3, 3.10, 3.11, 3.12, 3.13, 3.14, 3.15, 3.16, 3.17, 3.18, 3.19, zu 5.2.1, 5.2.2, 6.1.2, 6.1.3, zu 6.1.3, 8.3, 8.4 und zu 10.2.

Der Ausschuss erklärt sich hiermit einverstanden.

Dementsprechend ergibt sich folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Preisverleihung Rheinflanke
4716/2010

1.1 Benennung der Stimmzähler

1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen

2.1 Doppelhaushalt 2010/2011, Kompensation von Kürzungen durch Wenigeraufwendungen bzw. Mehrerträge
(ursprünglich TOP 3.14)
4371/2010

2.2 Forschungsbericht 109 des Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.
(Beantwortung einer Anfrage von Herrn Uckermann aus der JHA-Sitzung am 08.06.2010)
4429/2010

2.3 Zwischenbilanz des Modellprojektes "jusch - jung und schwanger - Beratung und Begleitung" DS Nr. 0358/2010
(Beantwortung einer Anfrage von Frau Jahn aus der JHA-Sitzung am 16.03.2010)
4483/2010

3 Mitteilungen

3.1 Gesamtschule in Köln-Nippes - Ganzttag
4073/2010

3.2 Köln auf dem 7. Ganzttagsschulkongress 12./13. November 2010 in Berlin
4202/2010

3.3 Fragebogenaktion zur Sprachförderung im Offenen Ganzttag 2010/2011
4199/2010

- 3.4 Start des Juleica-Online-Antragsverfahrens am 15.09.2010 in den Jugendämtern in Nordrhein-Westfalen
3964/2010
- 3.5 Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
4305/2010
- 3.6 Wahl einer Sachkundigen Einwohnerin in den Jugendhilfeausschuss
4280/2010
- 3.7 Bericht der U 25 Konferenz
4221/2010
- 3.8 Vom Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales am 27.09.2010 in den Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis gegebene Beantwortungen
(Vertagter TOP 3.11 aus der JHA-Sitzung am 28.9.2010.)
4277/2010
- 3.9 "Tag der Jugend im Rathaus" 2010
4348/2010
- 3.10 Tagung Cities for Children in Köln
hier: AG Gesundheit
4541/2010
- 3.11 Erziehungshilfeangebot "Martin-Luther-Haus" der Jugend- und Behindertenhilfe Michaelshoven gGmbH und das Angebot "Bonhoeffer-Haus" der Ev. Jugendhilfe Godesheim gGmbH in Köln-Porz
4438/2010
- 3.12 Die Zukunft unserer Schulen - Zweite Dialogkonferenz
4266/2010
- 3.13 Praxisbericht zu den Ergebnissen der Sport- und Gesundheitsförderung in Kita und Jugendarbeit
4247/2010
- 3.14 Skateranlage im Rheinaufhafen (Agrippinawerft)
hier: Sachstandsbericht
(ursprünglich TOP 3.15)
4663/2010
- 3.15 Trägerschaft einer Kindertagesstätte am geplanten Standort Stuttgarter Str. im Stadtteil Köln-Bilderstöckchen
(ursprünglich TOP 3.16)
4697/2010

- 3.16 Spielplatzrundfahrt des Jugendhilfeausschusses am 22.10.2010
(ursprünglich TOP 3.17)
4661/2010
- 3.17 Verdacht der Veruntreuung von Geldern durch einen Mitarbeiter des Jugendamtes
(ursprünglich TOP 3.18)
4754/2010
- 3.18 Gruppenkontingent der Maßnahme "Mittagspause PLUS" in der Sekundarstufe I
(ursprünglich TOP 3.19)
4775/2010
- 3.19 Baumaßnahmen in Kindertagesstätten
Planungs- und Ausführungsstand 20.10.2010
(ursprünglich TOP 3.20)
4784/2010

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 4.1 Frühere Anträge
 - 4.1.1 Umsetzung eines OGTS-Betreuungsangebotes für Grundschul Kinder mit einem besonderen Förderungsbedarf
AN/ 1353 / 2010
 - zu 4.1.1 Umsetzung eines OGTS-Betreuungsangebotes für Grundschul Kinder mit einem besonderen Förderbedarf
AN/ 1761/2010

4.2 Neue Anträge

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 5.1 Frühere Anfragen
- 5.2 Neue Anfragen
 - 5.2.1 Mehreinnahmen im Jugendhilfebereich
(Anfrage der Fraktion Die Linke. vom 20.10.2010)
AN/1890/2010
 - zu 5.2.1 Mehreinnahmen im Jugendhilfebereich
(Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke. vom 20.10.2010)
4809/2010

- 5.2.2 Kinderarmut in Köln
(Anfrage der FDP-Fraktion vom 08.11.2010)
AN/1804/2010

6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 6.1 Planungsaufnahme für die Realisierung eines Ersatzbaus für die bestehende Kindertagesstätte: Belvedere Straße 17 in Köln-Müngersdorf
3208/2008

- 6.1.1 Planungsaufnahme für die Realisierung eines Ersatzbaus für die bestehende Kindertagesstätte Belvedere Str. 17 in Köln-Müngersdorf
2756/2010

- 6.1.2 Ersatzbau für die Kindertagesstätte: Belvedere Straße in Köln-Müngersdorf
(DS: 3208/2008, 2756/2010)
(ursprünglich TOP 2.1)
4386/2010

- 6.1.3 Standortplanung Therapiezentrum Köln-Müngersdorf
(Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 11.11.2010)
(ursprünglich TOP 5.2.3)
AN/2080/2010

- zu 6.1.3 Standortplanung Therapiezentrum Köln-Müngersdorf
(Beantwortung der Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 11.11.2010)
(ursprünglich TOP zu 5.2.3)
4807/2010

- 6.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: MAGNET - Deutsch-Russisches Kultur- und Integrationszentrum e.V.
3764/2010

- 6.3 Jahresbericht 2009
4172/2010

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

- 7.1 Errichtung eines Familienparks unter der Zoobrücke in Köln-Mülheim
3547/2010

- 7.2 Aufwertung des Spielplatzes "Pescher Str./ Dorfplatz" in Auweiler und des Bolzplatzes "Ernstbergstraße" in Blumenberg
4338/2010

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 8.1 Leitbild Köln 2020
Leitlinien für ein soziales Köln - 1. Entwicklungsbericht
2225/2010
- 8.2 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft
1346/2010
- 8.3 Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertrags-
steigerung;
hier: Aufgabe 51.25, Einsparvorschlag Nr. 7, Erhöhung Beiträge zum Mittag-
essen
3157/2010
- 8.4 Unbefristete Weiterführung des Konzeptes " Frühe Hilfen" im Gesundheitsamt
mit den Arbeitsbereichen "Clearingstelle" und "jusch - jung und schwanger"
3356/2010

9 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A Preisverleihung Rheinflanke 4716/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 1 bei. Sie wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Heinen berichtet, dass in der Jugendhilfe die unterschiedlichsten Preise ausgelobt werden. Ein besonders Wichtiger sei der Deutsche Kinder- und Jugendhilfepreis, der von der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugend- und Familienbehörden gestiftet und von der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) verliehen werde.

Der Ausschussvorsitzende bemerkt, dass es keinesfalls leicht bzw. selbstverständlich sei, diesen Preis zu erhalten. Umso erfreulicher sei es, dass dieses Jahr ein Kölner Träger Sieger in einer der drei ausgeschriebenen Sparten geworden sei.

Der noch junge „Köln kickt“ – Träger, die RheinFlanke gGmbH, habe die Auszeichnung in der Kategorie „Praxispreis der Kinder- und Jugendhilfe“ erhalten. Gewürdigt worden sei die Arbeit "Integration durch Fußball – ein Modell einer innovativen aufsuchenden Jugendarbeit" und der Preis sei am 23.10.2010 in Münster durch Herrn Staatssekretär Prof. Klaus Schäfer überreicht worden.

Anlässlich dieser besonderen Auszeichnung folgt hierauf eine 15-minütige Präsentation durch den Geschäftsführer der RheinFlanke gGmbH, Herrn Sebastian Koerber, und seine zwei Auszubildenden, die mit Hilfe von zwei Kurzfilmen ihre derzeitige Arbeit und Konzeption vorstellen.

1.1 Benennung der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden Frau Mucuk-Edis, Herr Dr. Schlieben und Frau Laufenberg benannt.

1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen werden nicht gestellt.

1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

Gleichstellungsrelevante Themen werden nicht behandelt.

2 Beantwortung von Anfragen

2.1 Doppelhaushalt 2010/2011, Kompensation von Kürzungen durch Wenigeraufwendungen bzw. Mehrerträge (ursprünglich TOP 3.14) 4371/2010

Die Beantwortung der Anfrage wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

2.2 Forschungsbericht 109 des Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (Beantwortung einer Anfrage von Herrn Uckermann aus der JHA-Sitzung am 08.06.2010) 4429/2010

Die Beantwortung der Anfrage wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

2.3 Zwischenbilanz des Modellprojektes "jusch - jung und schwanger - Beratung und Begleitung" DS Nr. 0358/2010 (Beantwortung einer Anfrage von Frau Jahn aus der JHA-Sitzung am 16.03.2010) 4483/2010

Die Beantwortung der Anfrage wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 2 bei.

Frau Jahn bedankt sich bei der Verwaltung für die Beantwortung ihrer Anfrage. Sie stellt jedoch klar, dass diese nicht korrekt sei. Sie habe zum Einen gebeten, die unterschiedlichen Projekte für die Zielgruppe „jung und schwanger“ darzustellen. Zum Anderen habe sie in einer anderen Sitzung um Aufstellung aller Gremien der Jugendhilfe gebeten. Nun seien beide Fragen durcheinandergeraten. Sie bittet um Differenzierung.

Auf Nachfrage von Frau Krause gibt Frau Jahn an, dass die zweite Frage (Auflistung aller Gremien der Jugendhilfe) mit dieser Vorlage beantwortet sei. Es stehe jedoch weiterhin die Beantwortung der ersten Frage aus (Auflistung aller Projekte für die Zielgruppe „jung und schwanger“). Sie bittet nochmals um deren Beantwortung.

3 Mitteilungen

3.1 Gesamtschule in Köln-Nippes - Ganzttag 4073/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Mucuk-Edis äußert ihre Freude darüber, dass zum Halbjahreswechsel der Ganzttag in der Gesamtschule Brehmstraße realisiert werden könne.

Herr Dr. Schlieben merkt an, dass dies für den Standort Longerich durchaus eine gute Nachricht sei. Gemäß Schreiben des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen sei der Ganzttag ein Wesensmerkmal von Gesamtschulen. Herr Dr. Schlieben lehnt diese Auffassung ab und betont, dass der Ganzttag in Köln ein Wesensmerkmal aller Schulen sei, die sich hierzu entschlossen haben, unabhängig davon, wie die Schulen sich nennen.

Der Ausschussvorsitzende hebt hervor, dass Köln diesbezüglich bereits sehr weit sei - auch landesweit betrachtet. Allen Schulen, die am Ganzttag teilnehmen wollten, sei die Teilnahme ermöglicht worden.

3.2 Köln auf dem 7. Ganzttagsschulkongress 12./13. November 2010 in Berlin 4202/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.3 Fragebogenaktion zur Sprachförderung im Offenen Ganzttag 2010/2011 4199/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Stahlhofen äußert ihre Begeisterung über die Fragebogenaktion und bittet um Mitteilung, wann mit einem Ergebnis gerechnet werden könne.

Frau Beigeordnete Dr. Klein gibt an, dass das Ergebnis voraussichtlich im 1. Quartal 2011 vorliegen werde. Erfahrungsgemäß gehen jedoch auch nach Fristende noch Rückläufer ein, so dass ein genauer Zeitpunkt nicht benannt werden könne.

Frau Mucuk-Edis bittet, die Mitteilung und das Ergebnis ebenfalls an den Integrationsrat zu geben.

3.4 Start des Juleica-Online-Antragsverfahrens am 15.09.2010 in den Jugendämtern in Nordrhein-Westfalen 3964/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.5 Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
4305/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.6 Wahl einer Sachkundigen Einwohnerin in den Jugendhilfeausschuss
4280/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.7 Bericht der U 25 Konferenz
4221/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Hack bedankt sich bei der Verwaltung für den Bericht. Die Mitteilung der Verwaltung sei sehr stark zusammengefasst. Aufgrund dessen bittet Frau Hack um Mitteilung, ob die Konzeption ebenfalls im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werde und bittet darüber hinaus, den Jugendhilfeausschuss auch über den Workshop zu informieren.

Die Verwaltung sagt die schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

Frau Kleine teilt mit, dass der Workshop Anfang Dezember stattfinden werde und der Bericht sehr lesenswert sei.

Herr Dr. Heinen berichtet, dass der Haushalt der ArGe für 2011 um 30% gekürzt worden sei. Die unmittelbaren Auswirkungen werden auch im U25-Bereich spürbar sein. Die CDU-Fraktion habe bereits einen Antrag an den Rat gerichtet um die Jugendbüros zu retten. Herr Dr. Heinen bittet alle Fraktionen, auch ihre Mitglieder zu mobilisieren, für die Rücknahme dieses Teils der Sparmaßnahmen einzustehen. Sofern die Einsparungen nicht zurückgenommen bzw. herabgesetzt werden, werden die Konsequenzen für den U25-Bereich gravierend sein.

Frau Beigeordnete Dr. Klein merkt an, dass sie zur Zeit auch das Dezernat Soziales, Integration und Umwelt in ihrer Verantwortung habe. Es sei beunruhigend, dass das Eingliederungsbudget um 30% gekürzt und gleichzeitig der Zielerreichungsgrad der Eingliederungsquoten bei der ArGe erhöht werde. Dabei bestehe die große Sorge, dass dann nur die sogenannten „Arbeitsmarktnahen“ vermittelt werden. Aufgrund dessen habe die Verwaltung alle Bundestagsabgeordneten zu einem Gespräch eingeladen, damit die Probleme von Köln nach Berlin transportiert werden und man einsehe, dass eine Kürzung um ein knappes Drittel massivste Probleme für die betroffenen Menschen nach sich ziehe.

**3.8 Vom Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales am 27.09.2010 in den Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis gegebene Beantwortungen
(Vertagter TOP 3.11 aus der JHA-Sitzung am 28.9.2010.)
4277/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Heinen fasst zusammen, dass Köln - als finanzielle Folge aus entsprechenden Gesetzen und Verordnungen - ab dem Jahr 2011 jährlich mit 160 Millionen Euro Mehrbelastungen zu rechnen habe. Diese werden den ohnehin schon belasteten Haushalt zusätzlich beschweren und der Jugendhilfeausschuss müsse die Auswirkungen bei Beschlüssen zur Kinder- und Jugendhilfe im Hinterkopf behalten.

Frau Beigeordnete Dr. Klein bestätigt diese Zahlen.

3.9 "Tag der Jugend im Rathaus" 2010 4348/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Schlieben merkt an, dass der „Tag der Jugend im Rathaus“ zwar nur ein kleiner aber ein sehr guter Teil der Partizipation von Kindern und Jugendlichen sei. Bezüglich der Partizipation von Kindern und Jugendlichen habe es schon viele Diskussionen, Ansätze und Beschlüsse gegeben. Aufgrund dessen bittet Herr Dr. Schlieben um Mitteilung, inwieweit diese umgesetzt worden seien und wie die weiteren Pläne diesbezüglich aussehen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein führt aus, dass es vor ca. 2 Jahren einen sehr ausführlichen Bericht über alle Formen der Partizipation gegeben habe. Sie schlägt vor, dass die Verwaltung diesen überarbeite und dem Jugendhilfeausschuss in einer der nächsten Sitzungen vorstelle.

3.10 Tagung Cities for Children in Köln hier: AG Gesundheit 4541/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.11 Erziehungshilfeangebot "Martin-Luther-Haus" der Jugend- und Behindertenhilfe Michaelshoven gGmbH und das Angebot "Bonhoeffer-Haus" der Ev. Jugendhilfe Godesheim gGmbH in Köln-Porz 4438/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Schlieben bringt zum Ausdruck, dass es sich um einen Schritt in die richtige Richtung handele und der Weg unbedingt so weiterzugehen sei.

Frau Jahn schließt sich der Aussage von Herr Dr. Schlieben an und bittet darum, dem Jugendhilfeausschuss regelmäßig ein Mal jährlich einen Sachstandsbericht vorzulegen.

3.12 Die Zukunft unserer Schulen - Zweite Dialogkonferenz 4266/2010

Herr Dr. Heinen führt aus, dass der Prozess sehr strukturiert dargestellt werde und im Grunde genommen erfolgreich sein müsste. Es müsse jedoch dringend darauf geach-

tet werden, dass die Jugendhilfepartie in die starke Vernetzung innerhalb der Parteien der Dialogkonferenz finde. Sie sei zwar noch recht neu; Ziel sei es jedoch, sie zum festen Bestandteil der Dialogkonferenz zu machen.

Frau van Dawen bittet um Erläuterung, was Herr Dr. Heinen mit „Jugendpartien“ meine.

Herr Dr. Heinen erklärt, dass er damit die Jugendhilfeträger und die in Schulen eingebundenen Träger meine.

Frau Beigeordnete Dr. Klein hebt hervor, dass die Jugendhilfe sowohl bei der Dialogkonferenz als auch bei der Diskussion vertreten gewesen sei. Die Verwaltung werde verstärkt darauf achten, dass die Jugendhilfe weiter am Prozess beteiligt werde.

Frau Wolf fragt nach, inwiefern Jugendliche selber miteinbezogen worden seien.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erwidert, dass Jugendliche nicht vertreten gewesen seien, dies aber auch am Thema vorbeigegangen wäre. Bei der Dialogkonferenz sei es im Kern um die Verbesserung der Dienstleistungen für Schulen, Schülerinnen und Schüler sowie Jugendhilfeträger gegangen. Hieran sei die Jugendhilfe zwar beteiligt gewesen, aber es handele sich nicht um ein Partizipationsprojekt an sich.

Herr Dr. Heinen merkt an, dass es sicherlich ein guter Gedanke sei, die Einbindung von Schülern – z.B. über die Schulvertreter – in irgendeiner Form möglich zu machen.

3.13 Praxisbericht zu den Ergebnissen der Sport- und Gesundheitsförderung in Kita und Jugendarbeit 4247/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Mucuk-Edis lobt den Bericht und die darin enthaltenen Maßnahmen. Die präventiven Maßnahmen haben im Kontext zum Gesundheitsbericht 2009 eine besondere Tragweite. Aus persönlicher Erfahrung wisse sie, dass in Kölner Kitas zu dem Thema „Gesunde Ernährung“ sehr nachahmungs- und fortführungswerte Projekte laufen.

Herr Dr. Heinen äußert, er sei beeindruckt von der Vielfalt der Kölner Programme im Bereich der Sport- und Gesundheitsförderung.

3.14 Skateranlage im Rheinaufhafen (Agrippinawerft) hier: Sachstandsbericht (ursprünglich TOP 3.15) 4663/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Im Namen der SPD-Fraktion führt Herr Dr. Heinen aus, dass die Mitteilung in Verbindung mit dem Familienpark unter der Zoobrücke zu sehen sei. Nach einem Bericht zu der langen Genese dieses Projektes gibt Herr Dr. Heinen seiner Freude darüber Ausdruck, dass beide Projekte – im Jahr 2008 einvernehmlich vom Rat beschlossen – nun im Jahr 2011 gleichzeitig umgesetzt werden. Dies sei ein Gewinn für ganz Köln und habe eine sehr positive Entwicklung genommen.

Frau Schlitt schließt sich im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Lob der SPD-Fraktion an.

Herr Pannes äußert, dass er die Freude - aufgrund des wachsenden Unmutes über die Skateranlage bei Einwohnern in der Südstadt - trüben müsse. Das Problem liege darin, dass ein sehr beliebtes Naherholungsgebiet durch den Bau der Skateranlage betroffen sein solle. Er bittet um Mitteilung, ob es entsprechende Bemühungen gegeben habe, dies zu klären.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erläutert, dass dieses Projekt schon sehr lange in der Planung sei. Im Vorfeld habe es eine rege Kommunikation mit den Einwohnern gegeben. Darüber hinaus seien die Ergebnisse der Lärmmessungen in Ordnung gewesen, so dass die Verwaltung von gegenseitigem Einvernehmen ausgehe. Sie macht deutlich, dass im Naherholungsgebiet alle bestehenden Einrichtungen erhalten bleiben. Lediglich eine freie Rasenfläche werde zum Skaterplatz umgebaut. Frau Beigeordnete Dr. Klein schlägt vor, in einer der nächsten Jugendhilfeausschusssitzungen die Pläne durch die Architekten und den Verein vorstellen zu lassen.

Herr Dr. Heinen spricht sich für die Vorstellung der Pläne durch die Architekten und den Verein aus. Er macht darauf aufmerksam, dass dieses Projekt sowohl für Jugendliche als auch für ältere Jugendliche bestimmt sei, was ebenfalls lobend erwähnt werden müsse.

**3.15 Trägerschaft einer Kindertagesstätte am geplanten Standort Stuttgarter Str. im Stadtteil Köln-Bilderstöckchen
(ursprünglich TOP 3.16)
4697/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.16 Spielplatzrundfahrt des Jugendhilfeausschusses am 22.10.2010
(ursprünglich TOP 3.17)
4661/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Schlieben bedankt sich bei der Verwaltung für die Spielplatzrundfahrt. Er habe intensive Eindrücke von der Arbeit vor Ort gewonnen und hofft, dass im nächsten Jahr eine Wiederholung stattfinden werde, gerne auch mit ähnlichen Projekten.

Frau Jahn schließt sich der Aussage von Herr Dr. Schlieben an. Der Tag sei sehr interessant und informativ gewesen. Ihr sei deutlich geworden, wie schwierig es sei, in einer so dicht bebauten Stadt wie Köln, Raum für Kinder und Jugendliche zu schaffen.

Auch Herr Dr. Heinen und Herr Pannes schließen sich dem Dank an. Herr Dr. Heinen bittet, mehr für dieses partizipatorische Projekt zu werben.

**3.17 Verdacht der Veruntreuung von Geldern durch einen Mitarbeiter des Jugendamtes
(ursprünglich TOP 3.18)
4754/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Laufenberg hebt hervor, dass der Fall Alle erschüttert habe. Sie bedankt sich jedoch bei der Verwaltung für die gute und richtige Reaktion. Sie bittet um Mitteilung, wie solche Fälle in Zukunft verhindert werden können. Sie schlägt vor, dass Mitarbeiter des Jugendamtes zukünftig freiwillig eine Erklärung unterschreiben, die ein solches Vorgehen ausschließt.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erwidert, dass eine solche Erklärung nicht gewünscht und notwendig sei, da der Vorfall als Einzelfall gesehen werde und nicht generalisiert werden dürfe. In diesem Fall sei das Private mit dem Beruflichen in Verbindung gesetzt worden. Dienstliche Kontakte dürften nicht für private Zwecke genutzt werden. Es stelle sich zum Einen die Frage, wie der Vorfall strafrechtlich zu bewerten sei und auf der anderen Seite, wie die dienstrechtliche Lage aussehe. Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die Verwaltung führen zur Zeit entsprechende Prüfungen durch.

Herr Dr. Heinen drückt seine Hoffnung aus, dass entsprechende straf- und dienstrechtliche Konsequenzen folgen werden.

**3.18 Gruppenkontingent der Maßnahme "Mittagspause PLUS" in der Sekundarstufe I
(ursprünglich TOP 3.19)
4775/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 3 bei. Sie wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.19 Baumaßnahmen in Kindertagesstätten
Planungs- und Ausführungsstand 20.10.2010
(ursprünglich TOP 3.20)
4784/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 4 bei. Sie wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Heinen merkt an, dass der U3-Ausbau nur in Kombination mit der Tagespflege zu schaffen sei. Er bittet um Auskunft, wann mit der Umsetzung der eingesetzten Mittel aus dem Haushalt gerechnet werden könne.

Frau Beigeordnete Dr. Klein führt aus, dass die Verwaltung dieses Thema seit Längerem vorantreiben wolle. Das Geld sei im Doppelhaushalt 2010/2011 veranschlagt. Die Vorlage konnte bisher nicht gefertigt werden, da zunächst der Haushalt verabschiedet werden musste. Zudem habe es Verhandlungen mit freien Trägern gegeben, da der Stadt 2 Stellen gefehlt haben, die die Tageseltern zertifizieren und begleiten. Als Folge dessen sollte die Stadt alle nicht hoheitlichen Aufgaben an freie Träger abgeben.

Um die inhaltlichen Abgrenzungen zu bestimmen habe es eine Arbeitsgruppe aus Verwaltung und freien Trägern gegeben, die vor einigen Tagen eine Regelung gefunden habe. Die Verwaltung müsse noch Abstimmungen mit dem Organisationsamt treffen, werde aber versuchen, die Vorlage in die nächste bzw. übernächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses einzubringen. Es handele sich jedoch um ca. 8 Millionen Euro, die jährlich zur Verfügung stehen müssten und über die – in Anbetracht der angespannten Haushaltslage – nicht ohne gründliche Überlegung entschieden werden könne.

Herr Dr. Heinen bittet um Auskunft, ob dies im Kontext mit den noch offen stehenden 77 Millionen Euro stände.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erklärt, dass dies nur insofern zutrefte, als dass die Ausbaquote von 40% zu 80% mit Kita-Plätzen und zu 20% mit Tagespflegeplätzen erfüllt werden müsse. Insofern hänge dies mit der Zielerreichung im Kita-Bereich zusammen. Die Klage vor dem Oberverwaltungsgericht Münster beziehe sich jedoch auf die Finanzierung der Kindertagesstätten nach KiBiz.

Bezüglich des Ausbaus der Betreuung in Tagespflege auf 20% (*s.o.: 20% der Ausbaquote i.H.v. 40%*) bittet Herr Dr. Heinen um Beantwortung der folgenden Fragen:

- Warum wurden den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses bisher kein entsprechendes Konzept, keine Beschlussvorlage zur Ausbauplanung und keine Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen vorgelegt?
- Wann werden den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses ein entsprechendes Konzept, eine Beschlussvorlage zur Ausbauplanung und eine Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen vorgelegt?
- Wie sieht der aktuelle Stand der Ausbauplanung auch hinsichtlich der zeitlichen Dimension aus?

Die Verwaltung sagt die schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

4.1 Frühere Anträge

4.1.1 Umsetzung eines OGTS-Betreuungsangebotes für Grundschul Kinder mit einem besonderen Förderungsbedarf AN/ 1353 / 2010

zu 4.1.1 Umsetzung eines OGTS-Betreuungsangebotes für Grundschul Kinder mit einem besonderen Förderbedarf AN/ 1761/2010

Herr Dr. Heinen stellt klar, dass es zu diesem Tagesordnungspunkt bereits in der Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.09.2010 einen einstimmigen Beschluss gegeben habe.

Danach solle es zum Einen die Vorstellung und Beratung des OGTS-Konzeptes geben. Leider können diese nicht wie geplant heute stattfinden und werden von daher in die nächste Jugendhilfeausschusssitzung am 07.12.2010 verschoben.

Im nächsten Schritt solle ein Vorschlag für die Umsetzung des Konzeptes erstellt und dem Jugendhilfeausschuss vor den nächsten Haushaltsplanberatungen vorgelegt werden, damit die Fraktionen über die finanzielle Regelung beraten können.

4.2 Neue Anträge

Neue Anträge werden nicht gestellt.

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Frühere Anfragen

Frühere Anfragen werden nicht gestellt.

5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Mehreinnahmen im Jugendhilfebereich (Anfrage der Fraktion Die Linke. vom 20.10.2010) AN/1890/2010

zu 5.2.1 Mehreinnahmen im Jugendhilfebereich (Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke. vom 20.10.2010) 4809/2010

Die Beantwortung der Anfrage wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 5 bei. Sie wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

5.2.2 Kinderarmut in Köln (Anfrage der FDP-Fraktion vom 08.11.2010) AN/1804/2010

Da die Beantwortung der Anfrage bisher nicht vorliegt, wird die Anfrage in die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.12.2010 vertagt.

- 6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
 - 6.1 Planungsaufnahme für die Realisierung eines Ersatzbaus für die bestehende Kindertagesstätte: Belvedere Straße 17 in Köln-Müngersdorf 3208/2008**
 - 6.1.1 Planungsaufnahme für die Realisierung eines Ersatzbaus für die bestehende Kindertagesstätte Belvedere Str. 17 in Köln-Müngersdorf 2756/2010**
 - 6.1.2 Ersatzbau für die Kindertagesstätte: Belvedere Straße in Köln-Müngersdorf (DS: 3208/2008, 2756/2010) (ursprünglich TOP 2.1) 4386/2010**
 - 6.1.3 Standortplanung Therapiezentrum Köln-Müngersdorf (Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 11.11.2010) (ursprünglich TOP 5.2.3) AN/2080/2010**
- zu 6.1.3 Standortplanung Therapiezentrum Köln-Müngersdorf (Beantwortung der Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 11.11.2010) (ursprünglich TOP zu 5.2.3) 4807/2010**

Die Beantwortung der Anfrage (Session-Nr.: 4807/2010) wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 6 bei.

Frau Jahn bittet um Mitteilung, wie die Kosten zustande kommen. Laut Mitteilung handele es sich bei den 18,66 Euro pro Quadratmeter beim Kita-Neubau Belvedere Straße um eine grobe vorläufige Kostenkalkulation. Sie möchte wissen, ob dieser Preis evtl. noch nach unten abweichen könne und wie die Vergleichspreise bei Kitas in vergleichbarer Lage seien.

Herr Graebener erklärt, dass die Miete nicht mit anderen Mieten vergleichbar sei, da es sich nicht um einen Investor sondern um die kalkulatorische Miete der Gebäudewirtschaft handele, die innerhalb der Stadt abgerechnet werde. Die Gebäudewirtschaft berechne die Mieten nach einem anderen System als Investoren. Sobald die Entwurfsplanung stehe, werde dem Jugendhilfeausschuss die dann aktuelle Kalkulation der Gebäudewirtschaft vorgelegt. Eine Abweichung nach unten halte Herr Graebener jedoch für nicht realistisch.

Frau Volland-Dörmann teilt mit, dass sie es inakzeptabel finde, dass die Quersubventionierung über den Jugendhilfeetat an die städtische Gebäudewirtschaft gehe. Auch die Gebäudewirtschaft könne lediglich die Kosten weitergeben, die bei der Kalkulation für einen Neubau ermittelt werden. Sie bittet um schriftliche Mitteilung durch die Gebäudewirtschaft, wie die Kalkulation zustande komme und wie sich die Sache juristisch darstelle.

Herr Graebener erläutert, dass sich die unterschiedlichen Berechnungsmethoden daraus ergeben, dass z.B. die Gebäudewirtschaft mit einer Miete startet, die degressiv verlaufe, während ein Investor in der Regel mit einer Miete startet, die sich im Laufe der Zeit steigere. Darüber hinaus gebe es Unterschiede bei den Abschreibungsmethoden.

Herr Dr. Schlieben merkt an, dass die Verwaltung in einer der letzten Jugendhilfeausschusssitzungen gebeten wurde, eine Übersicht sowie eine fachliche Beurteilung zu den verschiedenen Fördereinrichtungen vorzulegen. Er bittet um Mitteilung, wann mit der Beantwortung gerechnet werden könne.

Frau Krause teilt mit, dass die entsprechende Vorlage bereits von allen mitgezeichnet worden sei und in eine der nächsten Sitzungen eingebracht werde.

Herr Gilges bittet um Auskunft, warum man für den Kita-Neubau keinen Investor nehme, wenn dieser günstiger sei.

Herr Graebener erwidert, dass die Gebäudewirtschaft keine Rendite habe, da alle Überschüsse städtische Überschüsse seien. Darüber hinaus befinde sich das Grundstück für den Kita-Neubau im Sondervermögen der Gebäudewirtschaft. Weiterhin handele es sich um einen Ersatzbau einer städtischen Kita, die ebenfalls bei der Gebäudewirtschaft sei. Aufgrund dessen laufe alles über die Gebäudewirtschaft und die Miete bleibe im städtischen Etat. Eine eins-zu-eins-Übersetzung sei somit nicht möglich.

Auf die Frage von Herrn Bergmann, ob der Jugendhilfeausschuss somit jeden beliebigen Preis akzeptieren müsse, entgegnet Herr Graebener, dass es bei städtischen Baumaßnahmen lediglich die Gebäudewirtschaft gebe. Die Stadt könne zwar mit Investoren arbeiten, dies sei jedoch nur dann möglich, wenn die angemieteten Gebäude nicht im Sondervermögen der Gebäudewirtschaft seien. Sofern es sich jedoch um ein entsprechendes Grundstück handele, das mit einem städtischen Gebäude bebaut werde, habe die Gebäudewirtschaft klare Regelungen, dass und wie kalkulatorische Mieten zu fordern seien.

Frau Dr. Klein drückt ihre Befürchtung aus, dass bei der Diskussion der U3-Ausbau verloren gehe. Die Gebäudewirtschaft habe einen eigenen Finanzierungskreislauf, führe jedoch an den städtischen Haushalt ab. Da die Gebäudewirtschaft vollkommen andere Strukturen als ein privater Investor und darüber hinaus hohe Overheadkosten habe, sei sie bekanntermaßen teuer. Aufgrund dessen werde diese Diskussion beim U3-Ausbau nicht weiterhelfen. Damit das Ausbauprogramm bis 2013 erfüllt werden kann, müsse theoretisch so viel gebaut werden, wie es nur möglich sei.

Frau Volland-Dörmann macht deutlich, dass Alle die Ausbauquote von 40% erreichen wollen und dies auch nicht der Diskussionspunkt sei. Hier handele es sich jedoch um einen Ausreißer nach oben, der auf Kosten des Jugendhilfeetats gehe und dadurch wiederum an anderen Stellen – z.B. bei den freiwilligen Ausgaben - gespart werden

müsse. Der Jugendhilfeausschuss könne das Thema nicht endgültig diskutieren. Es müsse auf die Agenda des Betriebsausschusses der Gebäudewirtschaft genommen werden und die Gebäudewirtschaft müsse zur Verantwortung gezogen werden.

Herr Dr. Heinen hält fest, dass es bei der Finanzierung wichtig sei, dass diese über alle Faktoren betrachtet richtig sei. In diesem Bereich müsse definitiv eine Klärung gefunden werden.

Anschließend stellt Dr. Heinen die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Realisierung einer 4-gruppigen Kindertageseinrichtung auf einem Teilgrundstück der GGS Wendelinstraße.

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Planung und Kostenermittlung aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Bei 4 Enthaltungen (Sozialdienst katholischer Frauen Köln, AWO Köln, Caritasverband Köln, Paritätischer Wohlfahrtsverband) einstimmig zugestimmt.

**6.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: MAGNET - Deutsch-Russisches Kultur- und Integrationszentrum e.V.
3764/2010**

Frau Jahn teilt mit, dass bezüglich der Vorlage noch Beratungsbedarf bestehe, da das Konzept des Vereins nicht der Vorlage beiliege. Sie bittet darum, die Beratung und Beschlussfassung auf die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.12.2010 zu vertagen und das Konzept zwischenzeitlich nachzureichen.

Herr Woltmann teilt für die Verwaltung mit, dass aus der Politik der Wunsch gekommen sei, die Vorlagen zur Anerkennung der freien Träger weniger papierreich zu gestalten und ohne Anlagen in die Sitzungen zu geben. Aufgrund dessen sei das Konzept nicht beigefügt worden. Selbstverständlich könne das Konzept jedoch bis zur nächsten Sitzung nachgereicht werden.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.12.2010 zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.3 Jahresbericht 2009 4172/2010

Herr Dr. Heinen macht darauf aufmerksam, dass nahezu alle Ausschüsse die Vorlage unter fast gleichem Tenor zurückgestellt haben. Problematisch sei, dass sowohl die Vorlagen als auch die Sachstände veraltet seien, die Vorlage schlecht strukturiert sei und kein Inhaltsverzeichnis beinhalte. Es sei in Aussicht gestellt worden, dass die Vorlage überarbeitet werde. Aufgrund dessen schlägt Herr Dr. Heinen vor, die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt zurückzustellen.

Frau Laufenberg schließt sich der Kritik von Herr Dr. Heinen an. Sie schlägt vor, wie im Ausschuss Schule und Weiterbildung zu beschließen. Dort sei als neuer Stichtag der 30.09.2010 festgelegt worden.

Frau Mucuk-Edis bittet, diese Vorlage auch im Integrationsrat einzubringen.

Herr Dr. Heinen stellt seinen Vorschlag, die Vorlage zurückzustellen zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt zurückzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

7.1 Errichtung eines Familienparks unter der Zoobrücke in Köln-Mülheim 3547/2010

Auf Nachfrage von Frau Jahn macht Herr Dr. Heinen darauf aufmerksam, dass das Projekt über das „Städtebauförderprogramm Mülheim“ finanziert werde und strikt vom Projekt „Mülheim 2020“ zu trennen sei.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bezirksvertretung Mülheim und dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

1. Die Bezirksvertretung Mülheim beauftragt die Verwaltung, mit der Errichtung des Familienparks unterhalb der Zoobrücke in Köln-Mülheim, mit Gesamtkosten von 923.575,65 Euro.
2. Der Finanzausschuss beschließt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen von 912.075,65 Euro für die Errichtung des Familienparks aus dem Teilfinanzplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 8, Auszahlung für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5100-0604-0-2002, Spielplätze.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7.2 Aufwertung des Spielplatzes "Pescher Str./ Dorfplatz" in Auweiler und des Bolzplatzes "Ernstbergstraße" in Blumenberg 4338/2010

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bezirksvertretung Chorweiler, wie folgt zu beschließen:

Die Bezirksvertretung Chorweiler beauftragt die Verwaltung auf dem Spielplatz „Pescher Str./Dorfplatz“ in Köln-Auweiler Spielgeräte im Wert von 5.000 Euro aufzustellen und einen Jugendunterstand auf dem Bolzplatz „Ernstbergstraße“ in Köln-Blumenberg mit einem Zuschuss in Höhe von 1.000 Euro mitzufinanzieren. Die Gesamtkosten der bezirksorientierten Mittel betragen 6.000 Euro.

Mittel für die Spielgeräte stehen bei der Finanzstelle 0265-06001-0-0036 in der Finanzposition 0265.578.3100.0 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

8.1 Leitbild Köln 2020 Leitlinien für ein soziales Köln - 1. Entwicklungsbericht 2225/2010

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt zurückzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.2 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft 1346/2010

Herr Dr. Schlieben schlägt vor, wie der Ausschuss Schule und Weiterbildung zu beschließen.

Herr Dr. Heinen erläutert, dass der Beschlussvorschlag 3 Teile enthalte. Der Ausschuss Schule und Weiterbildung habe den 1. und 2. Teil mit Dank zur Kenntnis genommen. Der 3. Teil sei abgekoppelt worden mit der Bitte um Überarbeitung durch die Verwaltung und Einbringung in einen neuen Beschlussdurchlauf.

Frau Jahn bittet darum, zur Handlungsempfehlung 5.3 als 5. Handlungspunkt das Thema „Stärkung der Anteile von Kindern mit Migrationshintergrund im U3- und Ü3-Bereich“ mit aufzunehmen.

Frau van Dawen bittet, auch die Partizipation von Jugendlichen und Migranten im Konzept zum Thema zu machen.

Herr Dr. Schlieben bringt zum Ausdruck, dass die CDU-Fraktion lediglich der Beschlussfassung des Ausschusses Schule und Weiterbildung zustimmen werde. Weitere Handlungsempfehlungen würden das weitere Verfahren lediglich verkomplizieren.

Frau Mucuk-Edis weist darauf hin, dass der Integrationsrat für weitere Vorschläge dankbar sei. Sie schlägt vor, sich der Beschlussfassung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung anzuschließen und zusätzlich die beiden Vorschläge an den Integrationsrat weiterzuleiten.

Hierüber lässt der Ausschussvorsitzende beschließen.

Geänderter Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln nimmt das „Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft“ zur Kenntnis und drückt ausdrücklich die Wertschätzung für die geleistete Arbeit aus. Das dem Integrationskonzept beigefügte Maßnahmenprogramm (ab S. 69), das erstmalig einen Überblick über viele Maßnahmen aus allen Bereichen der Verwaltung konkret auflistet, muss dennoch überarbeitet werden.

Darüber hinaus leitet der Jugendhilfeausschuss folgende Vorschläge an den Integrationsrat zur Beratung weiter:

1. Stärkung der Anteile von Kindern mit Migrationshintergrund im U3- und Ü3-Bereich (als 5. Handlungspunkt zur Handlungsempfehlung 5.3)
2. Partizipation auch von Jugendlichen und Migranten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.3 Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertragssteigerung; hier: Aufgabe 51.25, Einsparvorschlag Nr. 7, Erhöhung Beiträge zum Mittagessen 3157/2010

Frau Laufenberg betont, dass die FDP-Fraktion der Vorlage nicht zustimmen und somit die Erhöhung des Mittagessens auf 2,50 Euro nicht mittragen werde. Langfristig müsse darauf hin gearbeitet werden, das Mittagessen so günstig wie möglich – bestenfalls kostenlos – anzubieten. Im Grunde genommen gehe es in der Beschlussvorlage um die hauswirtschaftlichen Hilfskräfte, bei deren Abstimmung vor einigen Monaten die FDP-Fraktion sich ebenfalls dagegen ausgesprochen habe. Es sei inakzeptabel, durch die Mehreinnahmen an Elternbeiträgen in Höhe von 2,5 Millionen Euro die hauswirtschaftlichen Kräfte finanzieren zu wollen.

Für die Fraktion Die Linke. gibt Frau Stahlhofen an, dass auch diese der Vorlage nicht zustimmen werde. Sie führt aus, dass deutlich zwischen Sachkosten, die man an Eltern weitergeben könne (hier: Essensgeld), und Personalkosten unterschieden werden müsse.

Herr Dr. Schlieben erklärt, dass die Beschlussvorlage im Zusammenhang mit den Haushaltsplanberatungen gesehen werden müsse. Da die CDU-Fraktion gegen den Haushalt gestimmt habe, werde sie ebenfalls diese Vorlage ablehnen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die als Anlage 1 beigefügte Bedarfsberechnung zur Kenntnis.

Gleichzeitig beschließt er die Festsetzung des Essensgelds für die städtischen Kindertageseinrichtungen ab 01.01.2011 auf 2,50 Euro je Portion.

Abstimmungsergebnis:

Bei 1 Enthaltung (Sozialdienst katholischer Frauen Köln) und 6 Gegenstimmen (2 x CDU-Fraktion, FDP-Fraktion, Fraktion Die Linke., Sportjugend Köln, Caritasverband Köln) mehrheitlich zugestimmt.

Anmerkung: Anlage 1 ist der Niederschrift nicht nochmals beigefügt.

**8.4 Unbefristete Weiterführung des Konzeptes "Frühe Hilfen" im Gesundheitsamt mit den Arbeitsbereichen "Clearingstelle" und "jusch - jung und schwanger"
3356/2010**

Die Beschlussvorlage wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 7 bei.

Herr Dr. Heinen bittet die Verwaltung um Stellungnahme zur Dringlichkeit der Vorlage.

Frau Beigeordnete Dr. Klein führt aus, dass es diesbezüglich während der Haushaltsplanberatungen intensive Diskussionen gegeben habe und der Punkt auch Bestandteil eines Veränderungsnachweises gewesen sei. Die Wichtigkeit des Projektes dürfe Allen bekannt sein und gehe zudem aus der Begründung (Seite 11, letzter Absatz der Vorlage) hervor. Das „Ob“ wurde während der Haushaltsplanberatungen erörtert; nun gehe es um die Fortführung. In der heutigen Zeit sei die Abstimmung in der Verwaltung zu Personalfragen nicht sehr einfach, so dass auch dieser Prozess einige Zeit in Anspruch genommen habe. Da es sich um befristete Verträge handle, sei die Gefahr groß, dass bestimmte Aufgaben unterbrochen werden müssen, wenn die Vorlage geschoben werde. Aufgrund dessen bittet Frau Beigeordnete Dr. Klein um Zustimmung.

Frau Laufenberg teilt mit, dass es in der Vorlage heiße: „...unter Verzicht auf die zweite befristete Facharztstelle...“. Nach ihrer Kenntnis werden weitere Stellen benötigt und nun werde eine Stelle gestrichen. Sie bittet um Mitteilung, wie die Arbeit fortgeführt werden solle.

Frau Dr. Bunte berichtet, dass während der ganzen Zeit der Clearingstelle ausschließlich mit einer Arztstelle gearbeitet worden sei. Es stelle ein großes Problem dar, Ärzte für die derzeitige Tarifsituation im öffentlichen Dienst zu finden. Es konnten jedoch 2 sehr gute Gynäkologinnen mit jeweils ½ Stelle gefunden werden. Durch KiWi werden alle Familien in einer niedrigschwelligen Situation erreicht, durch die Clearingstellen die hochbelasteten Familien und in Kombination mit den Familienhebammen werde eine gute Rundumversorgung sichergestellt. Frau Dr. Bunte führt aus, dass es sich zwar um keinen optimalen Start handle, aber die Arbeit zumindest begonnen werden konnte. Sie erwähnt, dass die Projekte „jusch – jung und schwanger“ sowie „Clearing-

stelle“ in die Liste des Landes Nordrhein Westfalen für beispielhafte Projekte aufgenommen worden seien.

Herr Dr. Heinen schlägt vor, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Nachdem mehrere Jugendhilfeausschussmitglieder anmahnen, dass ein 60-seitiges Konzept nicht als Tischvorlage eingebracht werden könne mit der Erwartung, ohne jegliche Beratungsmöglichkeit darüber zu entscheiden, weist Frau Beigeordnete Dr. Klein darauf hin, dass es sich hierbei nicht um einen neuen Sachverhalt handele sondern um die Fortentwicklung einer bestehenden bekannten Konzeption.

Frau Jahn stellt klar, dass es in dieser Vorlage nicht um das Konzept gehe, sondern lediglich um die Verlängerung der beiden befristeten Stellen. Das Konzept müsse in einer der nächsten Sitzungen beraten werden. Sie schlägt ebenfalls vor, die Vorlagen ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Frau Dr. Klein schlägt vor, dass die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen werde mit dem Auftrag an die Verwaltung, im Jugendhilfeausschuss und im Gesundheitsausschuss nochmal ein Gesamtkonzept vorzustellen und zum Thema zu machen.

Frau Kleine findet es in diesem Fall erforderlich, die Akteure außerhalb der Verwaltung zu beteiligen.

Frau Blum-Maurice stellt fest, dass die Clearingstelle – im Gegensatz zum Projekt „jusch – jung und schwanger – bereits im Rahmen des Konzeptes „Dreiteiliges Frühwarnsystem“ beschlossen worden sei. Sie bittet nochmal um Mitteilung, ob „jusch“ bereits fest finanziert und beschlossen sei.

Frau Dr. Bunte führt aus, dass es ausdrücklicher Wunsch des Gesundheitsausschusses gewesen sei, dass die Stellen die sich im Gesundheitsamt mit Schwangeren und jungen Müttern und deren Kindern beschäftigen, als eigene Struktur zusammengefasst werden, damit es Synergieeffekte gebe. Der Stadtdirektor habe den Auftrag gegeben, dies so umzusetzen. Die „jusch“-Stellen seien bis zum 31.12.2010 befristet. 2011 werde es eine finanzielle Unterstützung durch den Verein „Wir helfen“ geben. Sie weist noch einmal darauf hin, dass die Anlage zur Vorlage nicht das Konzept sondern lediglich der Evaluationsbericht der Clearingstelle sei und durch diese Vorlage lediglich über die Stellen beschlossen werde. Das Konzept an sich müsse noch entwickelt und anschließend in den Ausschüssen und im Rat beraten werden.

Herr Dr. Heinen lässt über den Vorschlag, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen, beschließen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9 Anfragen

- 9.1** Frau Laufenberg teilt mit, dass Jugendliche aus Köln-Porz ihr mitgeteilt haben, dass am Stadtgymnasium Porz ein neuer Bolzplatz entstanden sei. Leider seien die Sitzbänke vergessen worden. Aufgrund dessen bittet sie um Mitteilung, ob dies nachgeholt werde.

Die Verwaltung wird diese Frage schriftliche beantworten.

- 9.2** Frau Laufenberg berichtet, dass eine Kölner Bürgerin innerhalb Kölns umgezogen sei. Im bisherigen Stadtteil habe sie einen Kindergartenplatz für ihr Kind gehabt. Am neuen Wohnort sei jedoch kein Kita-Platz für ihr Kind frei. Sie bittet um Mitteilung, wie die Verwaltung generell in dieser Situation vorgehe.

Die Verwaltung sagt zu, die Frage schriftlich zu beantworten.

- 9.3** Herr Dr. Schlieben nimmt Bezug auf die Sanierung und Erneuerung des Bolzplatzes „Schollekuhl“ in Porz-Libur (Pastor-Hutmacher-Straße). Diese sei vor längerer Zeit zwischen den dortigen Bürgern, der örtlichen Politik und dem Amt für Kinderinteressen diskutiert und geplant worden. Die Verwaltung habe zugesagt, die Sanierung Anfang 2010 durchzuführen.

Hierzu bittet Herr Dr. Schlieben um Beantwortung folgender Fragen:

- Warum wurde die Sanierung bisher nicht durchgeführt?
- Wann werden die Sanierungsmaßnahmen stattfinden?
- Welche Maßnahmen sind im Einzelnen geplant?
- Werden hierbei die Wünsche der Liburer Kinder und Jugendlichen berücksichtigt?

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

- 9.4** Herr Dr. Schlieben berichtet, dass sich der Ausbau des Spielplatzes am Silbermöwenweg in Köln-Vogelsang laut Aussage der Verwaltung vom Januar 2010 im Prozess der Kinder- und Anwohnerbeteiligung befinde.

In diesem Zusammenhang bittet er um Beantwortung folgender Fragen:

- Ist die Kinder- und Anwohnerbeteiligung mittlerweile abgeschlossen?
- Liegt ein entsprechendes Konzept für den Ausbau des Spielplatzes bereits vor?
- Welche Maßnahmen sind im Einzelnen geplant und wann ist mit der Umsetzung zu rechnen?

Die Verwaltung sagt zu, die Fragen schriftlich zu beantworten.

- 9.5** Herr Schneider bemerkt, dass am 15.11.2010 in einer Sendung der Kölner Lokalzeit des WDR, Bewohner der Einfamiliensiedlung Am Butzweiler Hof von der Absicht des Investors, statt des geplanten Spielplatzes einen Parkplatz für ca. 200 Besucher des benachbarten Flughafengeländes zu errichten, berichteten.

Hierzu bittet er um Beantwortung folgender Fragen:

- Sind der Verwaltung Pläne des Investors bekannt, die als Spielplatz vorgesehene Fläche zukünftig als Parkplatz zu nutzen?
- Sind diese Pläne überhaupt mit dem gültigen Bebauungsplan vereinbar?
- Bekräftigt nicht auch der Investor in einer schriftlichen Mitteilung an die Stadt die dringende Notwendigkeit eines Spielplatzes in unmittelbarer Nähe der Einfamilienhaussiedlung?
- Beabsichtigt die Verwaltung, Kontakt mit dem Investor aufzunehmen mit dem Ziel, die ursprüngliche Planung zeitnah umzusetzen?
- Wann ist mit einer Realisierung des geplanten Spielplatzes zu rechnen?

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

- 9.6** Frau Blum-Maurice stellt eine Frage zum Verfahren bezüglich TOP 8.4, den der Jugendhilfeausschuss ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen habe. Sie legt Wert darauf, dass trotzdem unbedingt zeitnah im Jugendhilfeausschuss das Konzept „Frühe Hilfen“ diskutiert werden müsse. Sie bittet um Mitteilung, was hierfür veranlasst werden müsse.

Herr Dr. Heinen gibt an, dass nach Aussage von Frau Dr. Bunte das Konzept auf alle Fälle im Jugendhilfeausschuss beraten werde. Frau Dr. Bunte bestätigt diese Aussage.

Somit erklärt Frau Blum-Maurice ihre Aussage für erledigt.

gez.: Dr. Ralf Heinen (Vorsitzender)

ausgef.: Anna Jarczyk (Schriftführerin)